Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 439 — Freitag, 16. September 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3,20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3,80 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Das neue Panzerschiff wird gebaut

Der Auftrag an die Marinewerft erteilt

Berlin, 16. Sept. Nachdem die Abrüstungskonferenz bisher keine praktischen Ergebnisse gezeitigt hat, hat die Reichsregierung, wie aus Wilhelmshaven berichtet wird, der Wilhelmshavener Marinewerft den Auftrag gegeben, den Bau des Panzerschiffes C in Angriff zu nehmen. Die Kiellegung erfolgt am 1. Oktober. Die Bauzeit ist auf vier Jahre veranschlagt.

Die erste Baurate für das Panzerschiff C war in den noch von der Regierung Brüning aufgestellten diesjährigen Marinehaushalt eingesetzt worden. Die Regierung hatte aber die Einschränkung gemacht, den Baubeginn von den Ergebnissen der Genfer Abrüstungskonferenz abhängig zu machen.

Kabinettsberatung über die Zinssenkung

Berlin, 16. September. Das Reichskabinett wird in seiner morgigen Sitzung zu der Frage der Zinssenkung Stellung nehmen. Nach Auffassung unterrichteter politischer Kreise ist entsprechend bereits früher gemachten Aeußerungen nicht anzunehmen, daß die Reichsregierung beabsichtigt, eine generelle Zinssenkung durchzuführen.

Der Globalabstrich am Reichsetat in Höhe von 110 Millionen Mark ist jetzt durchgeführt. Die Verteilung des Abstrichs auf die einzelnen Ressorts wird als eine interne Angelegenheit der Verwaltung bezeichnet.

Das große diplomatische Revirement

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. Sept. Ueber das bevorstehende diplomatische Revirement liegen jetzt weitere Nachrichten vor, denen wir folgendes entnehmen: Im Vordergrund stehen die Umbesetzungen der drei großen Botschaften in Paris, London und Rom. Wie bereits gemeldet, wird der Pariser Botschafter Dr. v. Hoesch Botschafter in London an Stelle des jetzigen Reichsinnenministers v. Neurath. Nach Paris geht höchstwahrscheinlich der jetzige Personalreferent im Auswärtigen Amt, Dr. Koester. Der bisherige Botschafter in Rom, Dr. v. Schubert, Stresemanns Staatssekretär, dürfte zur Disposition gestellt werden. An seine Stelle tritt, wie bereits gemeldet, der bisherige Gesandte in Belgrad, Herr v. Hassell. Wer Hassells Nachfolger in Belgrad wird, steht noch nicht fest. Man spricht von dem jetzigen Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, Freytag. Die Kulturabteilung dürfte an seiner Stelle vom jetzigen Ministerialdirigenten Dr. Terdenge übernommen werden. Für Lissabon ist der jetzige Untergeneralsekretär im Völkerbund, Dufour-Féronce, in Aussicht genommen. Der deutsche Gesandte in Mexiko, Will, dürfte zur Disposition gestellt werden. An seine Stelle tritt der frühere Reichspressechef Dr. Zechlin. Vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen wird in Washington kein Wechsel vorgenommen werden. Es gilt aber als sicher, daß nach diesen Wahlen der jetzige Botschafter, Dr. v. Prittwitz und Gaffron, Washington verlassen wird. Schließlich ist mit der Abberufung des deutschen Gesandten in Wien, Dr. Rieth, zu rechnen.

Untersuchungsausschuß wahrscheinlich Mittwoch

Berlin, 16. Sept. Eine neue Sitzung des vom Ueberwachungsausschuß beschlossenen Untersuchungsausschusses ist auch heute noch nicht anberaumt worden. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, wird die erste Sitzung des Untersuchungsausschusses nicht vor Mittwoch nächster Woche stattfinden. Besondere Ladungen an die zunächst als Zeugen genannten Personen, nämlich den Reichskanzler, den Reichsinnenminister und den Staatssekretär in der Reichskanzlei, sind nicht mehr beabsichtigt, die Ladung dieser Zeugen ist vielmehr durch den Ausschußvorsitzenden Löbe in seiner gestrigen Besprechung mit den Vertretern der Reichsregierung mündlich erfolgt.

Görings Klage gegen Papen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. September. In der Abteilung 140 des Amtsgerichts Berlin-Mitte ist heute mittag die angekündigte Privatklage des Reichstagspräsidenten Göring gegen den Reichskanzler v. Papen wegen Beleidigung durch den Vorwurf des Verfassungsbruchs eingegangen.

Steuergutscheine ab 1. Oktober

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. Sept. Ab 1. Oktober werden bekanntlich die neuen Steueranrechnungsscheine ausgegeben, die jetzt im Entwurf fertiggestellt sind. Um Fälschungen vorzubeugen, sind sie auf Wasserzeichenpapier gedruckt. Ihr Format ist ein Zwischending zwischen Reichsbanknote und Aktie. Die Ausgabe der Steuerscheine erfolgt ausschließlich durch die örtlichen Finanzämter, von denen jedes einen ausreichenden Vorrat an Steuerscheinformularen verschiedener Größenordnung zugewiesen erhält. Die Finanzämter brauchen dann bei der Ausgabe lediglich ihre Unterschrift unter die Steuerscheine zu setzen.

Wieder ein Kassenbote niedergeschossen

Hamburg, 16. Sept. In Hamburg, das seit zwei Tagen Schauplatz toller Raubüberfälle ist, hat sich heute wieder ein Räuberstreich zugetragen, der leider die lebensgefährlichen Verwundungen eines Kassenboten zur Folge hatte. Kurz nach ½12 Uhr wurde ein Kassenbote in der Ferdinandstraße von einem Mann, der aus einem Auto sprang, niedergeschossen und seiner Aktentasche beraubt, die angeblich eine Summe von 2000 Reichsmark enthalten haben soll. Der Täter raste mit dem Auto davon und konnte trotz der sofort eingesetzten Verfolgung entkommen. Der Verwundete, der einen Bauchschuß erlitten hat, wurde ins Krankenhaus gebracht. Während der Verfolgung gab der Räuber noch weitere Schüsse ab, durch die eine 29jährige Frau einen Beinschuß davontrug.

„Graf Zeppelin" nach Rio gestartet. Luftschiff „Graf Zeppelin" ist Freitag vormittag 10 Uhr (MEZ.) von Pernambuko nach Rio de Janeiro gestartet.

Entscheidende Kursänderung Bayerns?

Gerüchte von einer Aussöhnung mit dem Kabinett Papen

Nürnberg, 16. Sept. Unter der Ueberschrift „Versöhnung mit der Reichspolitik?" bringt heute die „Nürnberger Zeitung" Ausführungen, die in ihren Grundsätzen im wesentlichen an Berliner unterrichteter Stelle bestätigt werden. Das Blatt sagt unter anderem: Die Politik der bayrischen Regierung gegenüber dem Reich scheint vor einer entscheidenden Kursänderung zu stehen. Unsere Münchner Redaktion hat Spezialinformationen eingeholt, die diesen Wechsel in dem Verhältnis Bayern zum Reich andeuten.

Die Reichsregierung soll nämlich eine bereits sehr weitgehende Fühlungnahme mit der bayrischen Regierung durch Herrn v. Lersner hergestellt haben.

Man will Bayern für die kommende Reichsreform weitgehende Eventualgarantien der Erhaltung seiner Selbständigkeit anbieten, insbesondere soll es aber seine finanzielle Unabhängigkeit vom Reich erhalten durch entsprechende Aenderung des Finanzausgleichs. Die bayrische Regierung selbst hat zu diesen Dingen noch keine Stellung genommen. Es ist aber anzunehmen, daß sie sich jetzt äußern wird.

Entgegen der ursprünglichen Absicht der Reichsregierung, die kommende Reichsreform nach einem Hugenbergschen Plan durchzuführen, der die preußische und die Reichsregierung zwar in einer Hand vereinigen sollte, aber die preußische Verwaltung bestehen ließ, hat sich die Regierung Papen nunmehr entschlossen, nach eigenen Gedanken noch einen Schritt weiterzugehen und auch

die preußische Verwaltung mit der Reichsverwaltung völlig zu vereinigen. Die preußischen Provinzen werden Reichsländer werden mit stark dezentralisierten Befugnissen und Aufgaben.

Die Länder „alter Ordnung", Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen dagegen werden in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben. Sie sollen sogar eine verstärkte Daseinsgarantie erhalten, indem man ihnen wesentliche Teile ihrer früheren finanziellen Selbständigkeit zurückgibt. Einzelheiten sind in diesen Punkten allerdings noch nicht festgelegt, wenngleich angenommen werden kann, daß der neue Vertrauensmann der Reichsregierung in den Ländern, Freiherr von Lersner, bereits komplette Vorschläge nach klaren Plänen gemacht hat.

Wie das Blatt weiter hört, will Herr von Papen selbst nach Beendigung der gegenwärtig akuten innerpolitischen Auseinandersetzungen seinen Antrittsbesuch in Bayern machen. Ferner beabsichtigt Innenminister von Gayl, eine Reise durch die bayrische Ostmark anzutreten, mit anschließendem Besuch Münchens. Bei dieser Gelegenheit wird man sich in Bayern an das Wort des Herrn von Gayl erinnern, daß die Reichsreform nicht gegen die Länder, sondern mit den Ländern geführt werden soll.

Wie wir erfahren, beabsichtigt Reichskanzler von Papen, Anfang Oktober nach München zu fahren, um dort vor dem bayrischen Industriellenverband auf dessen Einladung zu sprechen. Der genaue Termin wird noch festgesetzt.

Notruf einer Gemeinde

Halle, 16. September. Der stellvertretende Gemeindevorsteher der Gemeinde Ammendorf, die mit rund 13 000 Einwohnern die größte Landgemeinde Deutschlands ist, hat an das preußische Innenministerium folgendes Telegramm gerichtet: „Gemeindevorsteher an nervöser Erschöpfung erkrankt. Gemeindefinanzen zusammengebrochen. Wohlfahrtsunterstützungen, Gehaltsrückstände, Lehrergehälter nur durch Einbehaltung der Staatssteuern seit August gezahlt. Krankenhauskosten zum Teil seit vorigem Jahr nicht bezahlt. Bisherige Rückstände ¾ Million. Einige Gläubiger veranlassen Zwangsmaßnahmen. Große Hypotheken wegen Nichtzahlung der Zinsen fällig. Saalekreisverwaltung lehnt Hilfe ab, da selbst in Schwierigkeiten. Heutige Unterstützungszahlungen nur durch Einbehaltung der Staatssteuern noch möglich. Erbitte dringend Hilfe."

Bedenkliche Kompromißpläne Englands

Die zahlenmäßigen Beschränkungen sollen bestehen bleiben

London, 16. Sept. Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post" meldet, daß der englische Außenminister, Sir John Simon, noch immer mit der Nachprüfung der Fragen beschäftigt ist, die sich aus der deutschen Forderung nach Rüstungsgleichheit ergeben. Hierunter falle auch die Haltung, die England sowohl in formeller wie in materieller Hinsicht einnehmen werde.

Die englische Regierung erkenne die Notwendigkeit an, eine verständige Lösung zu finden, nachdem der deutsch-französische Notenwechsel ergebnislos verlaufen sei.

Sie sei gegen eine Wiederaufrüstung Deutschlands, begünstige aber eine Abrüstung der anderen Mächte. Ein Weg aus den Schwierigkeiten heraus könne darin gefunden werden, daß man die Sonderbestimmungen des Teiles 5 des Versailler Vertrages außer Kraft setzte und Deutschland erlaube, dieselben Waffen zu besitzen, auf deren Beibehaltung sich die anderen Staaten im Laufe der Abrüstungskonferenz einigen würden.

Deutschland aber solle wenigstens bis auf weiteres eine Beschränkung für die zahlenmäßige Stärke seines Heeres und für die Ausrüstung auferlegt bleiben.

Es sei möglich, daß Deutschland sich mit dieser Art von Einschränkungsmaßnahmen für eine gewisse Zeitspanne bis zur endgültigen Abrüstungskonferenz, das heißt also auf die Dauer von fünf oder zehn Jahren, einverstanden erklären werde.

„Daily Herald" sagt, daß Macdonald zuerst den Gedanken einer Sonderkonferenz der beteiligten Mächte zur Erörterung der deutschen Ansprüche hatte, wogegen aber Frankreich Einwendungen erhoben hätte. So sei man auf den Gedanken verfallen, die Angelegenheit in privaten Besprechungen in Genf zu behandeln.

Das deutsche Schreiben in Genf überreicht

Genf, 16. Sept. Das mit großer Spannung erwartete Schreiben der Reichsregierung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, ist am Freitagvormittag durch den deutschen Generalkonsul dem Direktor der Abrüstungsabteilung des Völkerbundssekretariats, Aghnides, überreicht worden. In dem Schreiben, das drei Maschinenseiten lang und in deutscher und französischer Sprache abgefaßt ist, teilt die Reichsregierung mit, daß Deutschland auf der zum 21. September einberufenen Bürositzung der Abrüstungskonferenz nicht vertreten sein werde. Die Begründung dieses Entschlusses entspricht im wesentlichen den Darlegungen, die in der deutschen Note an die französische Regierung über die deutschen Gleichberechtigungsforderungen enthalten sind. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß bereits in der Erklärung des Abordnungsführers Nadolny vom 23. Juli vor dem Hauptausschuß

SLUB
Wir führen Wissen.